

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Ackermann,

26. Mai 2024

ich beantworte Ihre Anfrage gerne, wobei ich davon ausgehe, dass sich Ihre Anfrage auf die Kommunalwahlen allgemein, also auf Gemeinderats- und Kreistagswahl bezieht.

Ansonsten bitte ich Sie, meine Anschrift zu überprüfen. Richtig ist Hauptstrasse 215/1, Fraktionsvorsitzender bin ich in der SPD-Fraktion des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee, Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat Weil am Rhein ist Matthias Dirrigl, der eine Kopie dieses Schreibens erhält.

Zu 1. Sensibilisierung

Schulungen sind immer ein taugliches Mittel, die Qualität von Mitarbeitern zu verbessern. Ich gehe davon aus, dass sowohl beim Landkreis, in dessen Zuständigkeit vor allem die Belange von Menschen mit Behinderungen und Menschen im Alter sind, als auch bei den Gemeinden engagierte und fachkundige Mitarbeiter*innen tätig sind, die laufend geschult werden.

Zu 2. Teilhabe und Mitbestimmung

Die Stadt Weil am Rhein hat seit langem einen Behindertenbeirat, ich zitiere:

Wer Interesse an einer Mitarbeit im Beirat für Menschen mit Behinderung hat, der darf sich gerne bei der Abteilungsleiterin für Soziales, Schulen und Sport, Christine Krauth, Tel. 07621/704-150, E-Mail: c.krauth@weil-am-rhein.de, oder bei der Vorsitzenden des Beirats, Petra Pässler, E-Mail: bhbweil@t-online.de, melden.

Probleme scheint es derzeit bei der Bereitschaft von Behinderten zu geben, sich hier einzubringen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit – die auch genutzt wird - über die Bürgerfragestunde zu Beginn jeder öffentlichen Gemeinderatssitzung Anliegen vorzutragen. Schließlich besteht die Möglichkeit, jeden Gemeinderat direkt anzusprechen. Mit diesen Möglichkeiten ist sichergestellt, dass die Belange dieses Personenkreises in den politischen Prozeß eingespeist werden können.

Für mich ist dies durch persönliche Bekanntschaften und über die AWO sichergestellt, dass die Belange von Behinderte und von Menschen höheren

Alters (zu denen ich ja auch fast gehöre mit demnächst 79 Jahren), gehört und beachtet werden.

Zu 3. Barrierefreiheit

a. Die gesetzlichen Vorgaben für öffentliche Gebäude und öffentliche Verkehrsmittel schreiben zwingend Barrierefreiheit vor. Soweit dabei Verbesserungsbedarf besteht, wird die Verwaltung von uns Gemeinde- und Kreisräten laufend auf Details angesprochen.

Besonders im Bereich des Straßenbaus, bei Fußgängerüberwegen und Strassenkreuzungen, besteht noch viel Nachhol- und Verbesserungsbedarf.

Mir ist ein besonderes Anliegen, dass behindertengerechte Zugänge und behindertengerechte Sitzmöglichkeiten/Rollstuhlplätze in Veranstaltungsräumen geschaffen werden. Hier möchten wir Initiativen in den Städten Weil am Rhein: Haus der Volksbildung und Lörrach: Burghof ergreifen.

b. Der Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten muß technisch und finanziell verbessert werden. Andere Länder sind beispielhaft besser: Sie bieten freien Zugang oder besondere Tarife für behinderte oder ältere Menschen an. Der finanzielle Nachteil für die Kommunen ist gering, der Teilhabe-Vorteil für den benachteiligten Personenkreis sehr groß. Finanzielle und technische Barrierefreiheit ist ein typisch sozialdemokratisches Anliegen.

c. Der Zusammenhalt zwischen den Generationen, Lern- und Bedienungslotsen aus Schulklassen, aber auch innerfamiliäres Engagement, kann hier helfen. Die Möglichkeiten für die Kommunen, hier hilfreich einzugreifen, schätze ich als gering ein.

4. Inklusive Bildung und Ausbildung

Inklusiver Unterricht an den Schulen ist ein sozialdemokratisches Anliegen. Dazu müssen von den Gemeinden und vom Kreis sowie vom Land die personellen und räumlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die Volkshochschulen bieten vielfältige Programme für ältere Mitbürger an, was nicht zuletzt der seelischen Gesundheit, der gesellschaftlichen Integration und der geistigen Fitness dient.

Die SPD unterstützt dies auf Gemeinde- und Kreisebene durch Ideen und finanzielle Maßnahmen.

5. Wohnraum und barrierefreies Wohnen

Die baurechtlichen Vorgaben für Neubauten zu Barrierefreiheit sind schon angesprochen worden. Die Bauverwaltungen sind angehalten, sie auch bei Bauvorhaben von Privaten strikt vorzugeben und zu kontrollieren.

Ziel bei Erhaltungsinvestitionen im Bestand von Wohnraum der kommunal gesteuert werden kann ist, diesen laufend behindertengerecht zu sanieren.

Wohnraum wird nur dann bezahlbar für untere und mittlere Einkommensbezieher, wenn er – auch bei Sanierungen - öffentlich gefördert wird. Die Möglichkeiten des Wohngeldes, von Mietbeihilfen, von Mietpreisbremsen und Quoten von mindesten 30 % „Sozialwohnungen“ bei Neubauten müssen diskriminierungsfrei genutzt werden. Wohnen ist für die SPD ein soziales Grundrecht, das unmittelbar aus Artikel 1 des Grundgesetzes „Würde des Menschen“ abzuleiten ist. Soziales Wohnen zu schützen ist unmittelbare Aufgabe des Staates.

6. Versorgungssicherheit

Mit Ihrem fragenden Text sprechen Sie nur einen sehr kleinen Teil dessen an, was Ältere und Behinderte als Versorgungsängste haben.

Unser Ansatz als SPD-Kreisräte ist nicht, Bürokratie zu finanzieren, sondern das Problem der fehlenden Fachkräfte zu lösen. Hierzu bringen wir derzeit einen Antrag beim Kreistag ein, einen effektiveren Weg zu gehen als wie bisher. Der bisherige Weg, EU-weit oder gar weltweit nach ausgebildeten Fachkräften zu suchen, die dann durch ein umständliches Anerkennungsverfahren und über Deutschkurse einsatzfähig gemacht werden hat sich als zu bürokratisch und ineffektiv erwiesen. Er erinnert im übrigen stark an koloniale Ausbeutungspraktiken.

Sinnvoller erscheint uns der von Joachim Lederer, Kreis- und Landesinnungsmeister der Metzger, beispielhaft vorgemachte Ansatz. In den Herkunftsländern werden über Anwerbe-Organisationen Interessenten angeworben, die zuhause Deutschkurse machen und dann in Deutschland in einen Ausbildungsberuf einsteigen. Dies verlängert die Einarbeitungszeit geringfügig, ist aber mit kurzer Verzögerung effektiver, weil eine deutsche Berufsqualifikation erreicht wird.

Diese Möglichkeit streben wir als SPD-Kreisräte für Pflegeberufe und im Gesundheitswesen generell an.

7. Gesundheitsversorgung

Dieses Problemfeld kann nur differenziert angegangen werden. Wir benötigen kommunale Fahrdienste für ältere und behinderte Menschen, die den Zugang zu Ärzten und Heilbehandlungen erleichtern. Wir unterstützen kommunale und ehrenamtliche Initiativen. In diese Maßnahmen sind die gesetzlichen und privaten Krankenkassen einzubinden.

Digitale Kommunikation zu Ärzten (Stichwort Telemedizin) und zwischen Betroffenen kann hilfreich sein. Dies ist derzeit in der Diskussion. Sie setzt aber eine technische Ausstattung bei den Beteiligten voraus, die oft nicht gegeben oder von diesem Personenkreis nicht zu bedienen ist.

Ich persönlich halte das persönliche Gespräch mit den Personen des medizinischen Sektors, insbesondere mit dem ärztlichen Personal, für unverzichtbar.

Daneben hat gerade die SPD mit ihrem Gesundheitsminister für die Betroffenen mit dem Krankenhaustransparenzgesetz eine wichtige Weiche für mehr Sicherheit in der Gesundheitsversorgung gestellt.

An den obigen Äußerungen könne Sie mich und meine Mitstreiter in der SPD messen.

Mit besten Grüßen und allen guten Wünschen für Ihre Arbeit verbleibe ich

Ihr

Johannes Foege